

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 5, Haushaltsplanberatungen 2011, in der Ratssitzung am 6. April 2011

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Rat der Stadt Aachen beschließt heute über die Haushaltssatzung 2011 unter Einbeziehung der Veränderungsnachweisungen zum Haushaltsplanentwurf 2011. Der am 17. November vergangenen Jahres von der Stadtkämmerin, Frau Grehling, eingebrachte Entwurf 2011 wurde in den letzten Wochen und Monaten in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen beraten und ist jetzt beschlussfähig. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen kann der Satzung jedoch leider heute nicht zustimmen.

In meiner letztjährigen Haushaltsrede habe ich ausführlich dargelegt, aus welchem Grunde der städtische Haushalt strukturell in eine alarmierend bedrohliche Schieflage geraten ist. Das gilt zwar ein Jahr später mehr denn je, dennoch kann ich es dieses Jahr deutlich kürzer und kompakter machen!

Wenn man auf die Eckdaten des Haushaltes 2011 schaut, ist zunächst auf die Ergebnisplanung abzustellen. Der Ergebnisplan beinhaltet die Entwicklung der Summen der Erträge und Aufwendungen für das Planjahr 2011 sowie die Finanzplanjahre 2012 bis 2014. 2010 betragen die Erträge 672,5 Millionen Euro, die Aufwendungen circa 729 Millionen Euro, der Fehlbedarf also knapp 57 Millionen Euro. 2011 sind die Erträge, insbesondere wegen der gestiegenen Steuereinnahmen, auf 689,5 Millionen Euro angewachsen, die Aufwendungen aber auch auf 750,5 Millionen Euro gestiegen. Der neue Fehlbedarf 2011 beträgt also satte 61 Millionen Euro.

Nach § 75 GO NRW bildet der Ergebnisplan die Grundlage für die Prüfung, ob der Haushalt einer Gemeinde ausgeglichen ist. Das ist er dann, wenn die Gesamterträge die Gesamtaufwendungen erreichen oder übersteigen. Diese Bedingung ist in Aachen nicht erfüllt, was anhand der Minusbeträge im Fehlbedarf, wie soeben erläutert, abgelesen werden kann.

Der Haushalt einer Gemeinde gilt jedoch als ausgeglichen, wenn der Fehlbedarf im Planjahr, also momentan im Haushaltsjahr 2011, nach Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Die Ausgleichsrücklage, die zum Stichtag der Einführung des NKF am 1.1.2009 128 Millionen Euro betrug, hatte zum Stichtag 31.12.2010 noch einen Bestand von 16,9 Millionen Euro und ist damit leider im laufenden Haushaltsjahr vollständig aufgebraucht, so dass ab diesem Jahr bei der Ergebnisplanung mit einem Jahresfehlbedarf von 61 Millionen Euro die allgemeine Rücklage abgebaut wird. Sie wird also mit 44 Millionen Euro in Anspruch genommen.

Damit wird der Haushalt 2011 vom bloßen anzeigepflichtigen, zum genehmigungspflichtigen Haushalt, der gemäß § 75 Absatz 4 GO NRW damit grundsätzlich auch Auflagen und Weisungen durch die Aufsichtsbehörde, das Kölner Regierungspräsidium, zugänglich ist. Die Stadt Aachen verliert also im laufenden Haushaltsjahr gegebenenfalls wesentliche Elemente

der kommunalen Selbstverwaltungsrechte. So kann uns die Regierungspräsidentin, Frau Walsken, zu exzessivem Sparen oder auch gravierenden Steuererhöhungen anhalten, im schlimmsten Fall jedoch auch anweisen, Zahlungen an Verbände nicht anzuweisen, einzufrieren oder zu kürzen.

Die allgemeine Rücklage verringert sich also von 962 Millionen Euro in 2010 auf 918 Millionen in 2011, so dass der Anteil vom Hundert der allgemeinen Rücklage 4,58 % beträgt, also weniger als ein Zwanzigstel oder 5 %. Für die Folgejahre 2012 und 2013 berechnet die Kämmerei den Fehlbedarf mit 58,7 Millionen Euro und 41,5 Millionen Euro, so dass die allgemeine Rücklage auf 859 Millionen Euro in 2012 und 820 Millionen Euro in 2013 abschmilzt. Der Prozentsatz der allgemeinen Rücklage im Vergleich zum Vorjahr beträgt damit 6,39 % in 2012 und 4,83 % in 2013. Damit tritt also die Verpflichtung der Stadt Aachen, ein Haushaltssicherungskonzept aufzulegen nicht ein, da der gesetzliche Schwellenwert von 5 % nicht in zwei aufeinander folgenden Jahren überschritten wird.

Da aber der Schwellenwert in 2011 und 2013 jeweils nur leicht unterschritten wird, besteht die stetige Gefahr, doch bald ein Haushaltssicherungskonzept auflegen zu müssen. Leider aber droht der Stadt Aachen diese Verpflichtung schon im kommenden Jahr, da jede Ausweitung des rein konsumtiven Bedarfs eine Änderung der derzeitigen Situation nach sich zieht und somit eine HSK-Pflicht hervorruft. Wenn also die Konjunktur erlahmt, die erfreulich stabilen Steuereinnahmen zurückgehen, die Zinsen steigen oder aber unvorhergesehene Verluste mit Haushaltsrelevanz auftreten, ist Aachen ein für allemal Haushaltssicherungsgemeinde und wird dieses Stigma auch nie wieder loswerden.

Am strukturellen Ungleichgewicht im städtischen Haushalt gibt es also nichts zu beschönigen. Lediglich überschuldet, also Nothaushaltskommune wie einige Städte im Ruhrgebiet ist Aachen noch nicht, da eine allgemeine Rücklage und damit ein Eigenkapital von etwa 900 Millionen Euro zu Buche steht. Aber auch dieses wird Jahr für Jahr durch neue Verschuldung weiter abgebaut.

Wir alle in politischer Verantwortung in Aachen müssen uns also darüber im Klaren sein, dass der Gürtel deutlich enger geschnallt werden muss. Das freiwillig von der Stadt aufgelegte Haushaltssicherungskonzept mit haushaltsrelevanten Einsparungen von zwei Millionen Euro ist hier jedoch deutlich zu wenig. Im Finanzausschuss haben daher alle Fraktionen vereinbart, bereits nach Ostern bezüglich der Haushaltskonsolidierung wieder in die Beratungen einzutreten. Ich befürchte hier und heute, dass auch spürbare Leistungseinschnitte zukünftig kaum vermeidbar sein werden.

Im laufenden Haushaltsjahr hat die schwarz-grüne Mehrheit insbesondere nach der von allen Oppositionsfraktionen mit Recht kritisierten Online-Bürgerbefragung leider ausschließlich auf die Einnahmenseite abgezielt und erstmals seit Jahren erhebliche Steuererhöhungen in den Haushalt eingestellt. Während die Gewerbesteuer 2011 noch einmal unangetastet bleibt, werden die Grundsteuer A um 15 vom Hundert und vor allem die Grundsteuer B um 25 vom Hundert erhöht. Die Mehrheit und die Verwaltung führen hierzu aus, dass die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuern unumgänglich seien, um Mehrerträge im Hinblick auf das freiwillige Haushaltssicherungskonzept zu erzielen. Die Steuererhöhungen, insbesondere bei der Grundsteuer, belasten jedoch sowohl die Vermieter als auch die Vielzahl der Mieter, da die Mehrbelastungen größtenteils auf die Mieter umgelegt werden. Die FDP lehnt diese Erhöhung der Hebesätze grundsätzlich ab.

Gleiches gilt für die eingeplante Übernachtungsabgabe oder Bettensteuer. Auch diese zusätzliche Sonder-Umsatzsteuer lehnen wir Liberale grundsätzlich ab, zumal auch der Erhebungsaufwand erheblich sein dürfte.

Insbesondere befürchten wir aber im kommenden Jahr eine Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer. Das Gewerbesteueraufkommen in Aachen hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Bei einem 2011 unveränderten Hebesatz von 445 vom Hundert werden circa 150 bis 160 Millionen Euro ins Stadtsäckel fließen. Aktuell wird mit einem Plus von vier Millionen Euro gegenüber dem Planansatz kalkuliert. Eine Erhöhung des Hebesatzes von etwa 20 Punkten halten wir Liberale für absolut kontraproduktiv. Es ist nicht hinzunehmen, die Unternehmen auch noch mit höheren Steuern zu belasten, zumal es weder in Belgien noch in den Niederlanden eine vergleichbare Steuer gibt und die Hebesätze in den umliegenden Gemeinden in der Städtereion deutlich niedriger sind.

Mehr denn je brauchen wir in NRW eine grundlegende Gemeindefinanzreform, in der eine verlässliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben geregelt wird und bei der insbesondere das Subsidiaritäts- und Konnexitätsprinzip nicht nur irgendwo in den Paragrafen steht, sondern auch tatsächlich Beachtung finden. Das heißt, bei jeder Aufgabe, die den Kommunen vom Bund oder dem Land auferlegt werden, ist nach unserer Auffassung klarzustellen, wie diese Aufgabe finanziert werden soll.

Eine intensivere kommunale Zusammenarbeit erscheint uns Liberalen auch im Bereich der kommunalen Ämter und Fachbereiche denkbar. Schon in meiner letztjährigen Haushaltsrede bin ich auf die aufkommenden Konflikte zwischen Stadt und StädteRegion und den beiden Hauptverwaltungsbeamten eingegangen. Leider ist seitdem das Verhältnis eher schlechter als besser geworden.

Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wehren sich mit aller Macht gegen alle Bestrebungen einer feindlichen Übernahme. Dabei haben Sie die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen weiterhin voll auf Ihrer Seite! Wir Liberale werden die Kreisfreiheit der Stadt nicht zur Disposition stellen. Merkwürdig erscheint uns aber, dass die Mehrheit in diesem Rat Sie, Herr Oberbürgermeister, bei der Verteidigung der Rechte der Stadt vollkommen alleine lässt. Etwas mehr Unterstützung durch die von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gewählte Gestaltungsmehrheit hätte man sich hier schon gewünscht!

Alle Kommunen in der StädteRegion und auch der Städtereionsrat sollten eigentlich ein großes Interesse daran haben, das Oberzentrum zu stärken, denn was dieses leistet, kommt allen zugute!

Schwarz-grün hat als Parole für die Haushaltsplanberatungen wie im Vorjahr „Sparen und Bewahren“ ausgegeben. Wenn also über Jahre gewachsene Strukturen in den Bereichen Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport erhalten bleiben sollen, so findet dies die Unterstützung der FDP-Fraktion.

Wir dürfen jedoch nicht die Augen vor den in Zukunft anstehenden Problemen verschließen. Dass beispielsweise die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren nicht von 100 auf 150 erhöht wird, halten wir für eine falsche Gewichtung der Mehrheit. Das Thema Jugend und Bildung hat für die FDP uneingeschränkt erste Priorität!

Auch halten wir es für absolut falsch, dass Mehrheit und Verwaltung die in Aussicht gestellten Mittel des Landes NRW für die offenen Ganztagschulen nicht zur

Qualitätssicherung der offenen Ganztagschule, sondern zur Sanierung des Haushaltes einsetzen möchten.

Das archäologische Fenster im Elisengarten könnte man sich dagegen durchaus sparen!

Mit richtiger Gewichtung der Schwerpunkte können auch in Zeiten knapper Kassen Missstände beseitigt werden. Wir müssen nur alle, Politik und Verwaltung, ernsthaft gewillt sein, den städtischen Haushalt wieder auf sicheren Grund zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!